

Nationaler CO2-Allokationsplan

EU-Kommission verstimmt über Luxemburger Fahrlässigkeit

Die EU-Kommissionspräsidentin Margot Wallström hat bei ihrer Pressekonferenz Anfang Juli mitgeteilt, dass mittlerweile die Allokationspläne von 8 europäischen Staaten angenommen wurden. Der Luxemburger CO2-Allokationsplan ist jedoch nicht dabei.

Dies wirft Fragen darüber auf, wie gewissenhaft die Luxemburger Regierung einerseits das CO2-Problem nimmt und wie fahrlässig sie hier die Interessen der Betriebe wahrnimmt. Denn vor allem die Betriebe werden aufgrund der Nicht-Umsetzung vor Probleme gestellt.

Dabei war die Regierung sogar bereit, eine Mindestmitsprache von interessierten Akteuren in Frage zu stellen, nur um den Plan fristgerecht einzureichen. Da die EU-Direktive eine Beteiligung der Bevölkerung und der betroffenen Kreise an der Erstellung dieses Planes vorsieht, wurde als Alibi-Veranstaltung ein Tag (!) vor der Einreichungsfrist noch eine Anhörung in der Abgeordnetenkammer organisiert. Jedoch wurde an sich offen gesagt: „Die Einwände können nicht mehr berücksichtigt werden, denn wir möchten den Plan fristgerecht einreichen, um in Luxemburg Klarheit zu haben. Da dies bereits morgen erfolgen muss, sind Abänderungen nicht mehr möglich“. So wurde Ende März in großer Hektik der Allokationsplan von der Regierung beschlossen und pünktlich zum 1. April eingereicht.

Umso mehr ist es ein Skandal, dass in den Wochen darauf regelrecht geschlampt wurde ... Die EU-Kommission richtete nach Erhalt des Berichtes einige Zusatzfragen an die Regierung, die mit etwas Aufmerksamkeit sicherlich zu beantworten gewesen wären.

Laut Aussagen eines Brüsseler Beamten wartete man jedoch bisher vergebens auf eine Antwort aus Luxemburg betreffend dieser Zusatzfragen. Verständlich, dass diese Art und Weise zu einer gewissen Verärgerung bei der EU-Kommission führte und Luxemburg riskiert, dass der nationale Plan nicht wie vorgesehen angenommen wird. In der Tat sollte die Entscheidung der EU-Kommission 3 Monate nach dem Stichtag für die Einreichung der Pläne - den 1. April 2004 - fallen. Auch bei anderen Ländern hatte es ähnliche Nachfragen gegeben, die jedoch bis zum 1. Juli ausgeräumt werden konnten.

Somit haben die betroffenen 10 Luxemburger Betriebe (darunter Arbed, Goodyear, DuPont...) noch immer keine Gewissheit betreffend ihre CO2-Emissionen ab dem 1. Januar 2005. Laut EU-Richtlinie, die ebenfalls noch nicht in Luxemburger Recht umgewandelt werden konnte dürfen ab Januar 2005 nur noch solche Betriebe arbeiten, die eine Emissionsgenehmigung erhalten haben. Diese kann aber aufgrund der fehlenden Vorarbeiten nicht erteilt werden! Diese Betriebe haben also zur Zeit den Nachteil der Ungewissheit gegenüber ihrer ausländischen Konkurrenz.

Für den Mouvement Ecologique ist diese Fahrlässigkeit ein weiterer Beweis dafür, dass die Regierung den Klimaschutz immer noch nicht Ernst genug nimmt. Für eine glaubhafte Klimaschutzpolitik ist in der Tat ein nationaler CO2-Reduktionsplan nötig, um nicht den größten Teil unserer CO2-Reduktionen im Ausland einkaufen zu müssen. Wird die nächste Regierung den Klimaschutz endlich ernst nehmen?

Mouvement Ecologique